

# KERAMISCHER

VII/Nr. 39 BERLIN  
24. Sept.  
1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:  
Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grözel, beide  
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm  
5646 und 5647. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND  
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE  
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

# BUND

## Verhängnisvolle Wirkungen der Notverordnung

Je mehr man sich mit der neuen Notverordnung beschäftigt, desto sonderlicher wird einem zumute, weil die Reichsregierung angibt, die Wirtschaft beloben und die Arbeitsgelegenheit erhalten und vermehren zu wollen, und weiß sie Wege dazu vorschreibt, die zum Gegenteil führen müssen. Die Absicht der Regierung in bezug auf Arbeitsbeschaffung in allen Ehren, kein Arbeiter wendet sich dagegen, wenn die Herren von Papen und von Schleicher Arbeit beschaffen wollen; die Gewerkschaften begrüßen diese Absicht sogar. Aber daß die Wege, wie sie die Notverordnung vorsieht, dahin führen werden, das zu begreifen, ist Menschen, die nicht Minister sind, einfach nicht möglich.

Die neue Notverordnung enthält nicht nur ungeheuerliche Ungerechtigkeiten gegen das arbeitende Volk, nicht nur Tarifeingriffe, die zu schweren Komplikationen im Wirtschaftsleben führen werden, sondern auch wirtschaftlichen Unsinn. Das ist nicht etwa nur eine Redensart, die der gegenwärtigen Reichsregierung nicht gutgesinnte Zeitungsschreiber anwenden, sondern eine leider feststehende Tatsache. Die Reichsregierung bezweckt mit ihrer Verordnung, die wirtschaftliche Not des deutschen Volkes nach Kräften zu beheben und zu lindern. Schön! Wir bezweifeln aber, daß dies mit dieser Verordnung erreicht wird; denn nach ihr gestaltet sich der Gang der Dinge ganz anders.

Wir bringen ein Beispiel auf Grund der Notverordnung und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen. Ein Betrieb beschäftigt 800 Personen 48 Stunden; der Durchschnittslohn betrug 1,— RM. Die Wochenlohnsumme dieser Belegschaft bezifferte sich auf 38 400 RM. Dieser Betrieb macht nun von den Bestimmungen der Notverordnung Gebrauch. Er stellt 200 Arbeiter neu ein, vermehrt seine Belegschaft auf 1000 Personen, setzt die Arbeitszeit auf 36 Stunden herab und zahlt den 1000 Beschäftigten 80 Stunden à 1,— RM = 80 000 RM und 6 Stunden à 0,90 RM = 5 400 RM, also insgesamt 35 400 RM Lohnsumme. Der Durchschnittslohn pro Arbeiter wurde dadurch um 26,25 Prozent gesenkt. Dieser Unternehmer bekommt nach der Notverordnung an Einstellungsprämie aus allgemeinen Mitteln in der Woche 1538,50 RM und aus der Lohnsummensparnis 3000 RM, insgesamt 4538,50 RM. Der Kaufkraftausfall dieser Belegschaft durch Lohn beträgt 3000 RM; und durch Wegfall der Unterstützung 2000 RM, insgesamt also 5000 RM in der Woche. Das sind 12,4 Proz. Kaufkraftschwund. Nimmt man nur 0,50 RM Stundenlohn an, so würde der Kaufkraftschwund 16,5 Prozent ausmachen.

Wenn nun das Beispiel als konstruiert angesehen werden sollte, bringen wir noch eines aus der Praxis. Die dem Reichskanzler von Papen sicher bekannte Steingutfabrik Villeroy & Boch in Torgau beschäftigte in den letzten drei Monaten durchschnittlich 700 Personen. Diese bekamen bei 50 Pf. Durchschnittslohn in 48stündiger Arbeitszeit 16 800 RM Lohn ausbezahlt. Die Firma gab bekannt, daß sie 200 Personen neu einstellen und die Arbeitszeit auf 36 Stunden herabsetzen werde. Die dann 900 Beschäftigten bekommen nach Anwendung der Notverordnung für 80 Stunden à 50 Pf. = 13 500 RM und für 6 Stunden à 45 Pf. = 2160 RM, insgesamt 15 660 RM an Lohn. Die Firma „erspart“ 1140 RM an Lohn, bekommt 1540 RM an Prämie und somit auf Kosten der Arbeiter und des Staates 2680 RM Verdienst in der Woche zugehoben.

Die ehemalige Kaufkraft der 900 Personen betrug (16 800 RM Lohn und 1600 RM Unterstützung) 18 400 RM, nach Anwendung der Notverordnung jedoch nur noch 15 660 RM. Um zirka 15 Prozent ist also die Kaufkraft der 900 Personen geschmälert worden.

Derlei Beispiele, und zwar noch viel drastischere, gibt es in Menge. Wenn man nun diese Auswirkung der Notverordnung in der Praxis vor sich sieht und überprüft den wirtschaftlichen und lohnpolitischen Effekt, dann graust einem vor dem Schicksal der deutschen Wirtschaft.

Die deutsche wie ja auch die Weltwirtschaft leiden, weil der Waren- und Güterabsatz ungenügend und zu gering ist. Nun geht die Papen-Regierung her, erläßt eine Notverordnung, die dieses Uebel in Deutschland noch bis zu 25 Prozent vermehrt. Das ist doch keine sachliche Wirtschaftspolitik mehr. Eine so horrenden Kaufkraftverschlechterung führt zu einer Schädigung der Wirtschaft in schärfstem Maße. Wenn die vermehrten Belegschaften den Händlern in ihren Wohnorten und diese dann den Landwirten und Waren-

herstellern bis zu 25 Prozent noch weniger abkaufen können als bisher, und die Firmen bekommen die eingesparte Lohnsumme und die Prämien in die Kassenschänke, so ist doch der Wirtschaft nicht gedient; denn die Nutznießer dieses auf Kosten des werktätigen Volkes zulließenden Reichtums können nicht die Warenmengen mehr verbrauchen, die durch den Kaufkraftschwund der Massen in den Verkaufsstellen und Lagern übrigbleiben. Darin liegt vor allem der wirtschaftliche Unsinn.

Aus den Beispielen geht aber auch hervor, daß die Gewaltkur mit der Notverordnung eine offensichtliche Bereicherungsaktion für die Kapitalisten ist. Den Arbeitern und Angestellten wird einfach der

ohnehin zu knappe Lohn ohne Ausgleich gekürzt, den Unternehmern wird er zugewiesen und dazu noch aus allgemeinen Staatsmitteln die Prämie. Kann man so etwas als Wirtschaftsmaßnahme ansehen? So etwas soll sozial sein? Damit soll die Wirtschaft angekurbelt werden? Dadurch soll das Vertrauen wachsen?

Die Regierung Papen-Schleicher beseitigte mit der Notverordnung auf gewaltsamen Wege das Recht der Arbeiterschaft, ihre Lohngestaltung mit den Arbeitgebern zu vereinbaren, wie es verfassungsmäßig garantiert ist. Sie hat den Vertragswillen der Arbeiter zugunsten der Unternehmer mißachtet und die Löhne einseitig herabgesetzt, dort, wo die Notverordnungsverschriften angewandt werden. Sie trug da-

### Gewerkschaftskollegen!

Der Bundesausschuß, die Vertretung der Hauptvorstände, hat am 9. und 10. September in Berlin getagt. Die Ergebnisse der Beratungen sind Euch aus der Gewerkschaftspresse bekannt. Über diese Berichterstattung hinaus muß ich Euch sagen, was uns alle an diesem Wendepunkt der deutschen Geschichte bewegt.

Die Zeit der stärksten Reaktion ist da. Sie zwingt uns, neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. Wir wollten auf dem Wege der Demokratie, der Vernunft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und die daraus folgende Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen. Wir wollten durch eine Politik der Mäßigung und der Verantwortung, der Sachlichkeit und Mitarbeit, auf dem Boden des Rechts und der Kultur eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle schaffen helfen. Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab. Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.

Unser Kampf wird schwerer sein denn je. Gegen uns steht wieder wie früher die Regierung. Gegen uns steht das Unternehmertum. Gegen uns stehen weite Kreise des Bürger- und Bauerntums, weil sie unsere Ziele nicht kennen oder nicht verstehen. Der gesamten Reaktion steht eine uneinige Arbeiterschaft gegenüber. Kollegen, sieht nicht jeder von Euch ein, daß jetzt ein Ende gemacht werden muß mit aller Uneinigkeit, mit aller Zwietracht, mit allem Bruderkrieg? Unser Kampf ist nicht ungünstig, wenn wir einig sind. Wir haben mehr Bewegungsfreiheit als in den letzten Jahren. Wir brauchen also nicht entmutigt zu sein. Wir gehen freier, wagemutiger und entschlossener in den Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft.

Meine Mitarbeiter vom Bundesvorstand haben Euch in dieser entscheidenden Sitzung die Grundlagen aufgezeigt, von denen aus unsere Verbandsvorstände den neuen Weg entschlossen beschreiten werden. Wilhelm Eggert hat gezeigt, wie wir die Wirtschaft gestalten wollen. Franz Spliedt hat dargelegt, wie wir den Angriffen auf die Sozialpolitik begegnen müssen. Clemens Nörpel hat uns klargemacht, wie wir das kollektive Arbeitsrecht mit allen Mitteln verteidigen werden. Hermann Schlimme hat gemahnt, in dieser Situation den letzten Arbeiter zu erfassen. Hermann Seelbach, der Leiter unserer Bundesschule, hat neue Wege der Bildungs- und Kulturarbeit aufgewiesen.

Kollegen, wir stehen vor einer entscheidenden Wendung. Mißlingen die Wirtschaftspläne der Reichsregierung, so ist die kapitalistische Wirtschaft erledigt. Die Entwicklung mag sein wie sie will. Sie wird uns gerüstet finden.

Die nochmalige Reichstagsauflösung erfordert eine neue politische Entscheidung des ganzen Volkes, Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Ihr werdet wie früher Eure Stimme abgeben für die Demokratie und für soziale Gerechtigkeit. Ihr werdet alle Kräfte anstrengen, um hierfür die Mehrheit des Volkes bei dieser neuen Wahl zu gewinnen. Aber so wichtig die politische Entscheidung mit dem Stimmzettel, ebenso wichtig ist die über den Wahltag dauernde Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Kollegen, Männer und Frauen, Alte und Junge, die Ihr in Treue zu uns gehalten habt, an Eurer festen Haltung müssen und werden die Schwankenden nun wieder neuen Mut gewinnen. Euch Arbeiter und Arbeiterinnen aber, die Ihr noch abseits steht, fordere ich auf, Euch jetzt in die gewerkschaftliche Kampffront einzureihen. Die Gewerkschaften sind auch Eure Hoffnung. Sie bilden die Einheit front aller Schaffenden, die in diesem neuen Abschnitt der Geschichte notwendig ist. Unseren Gegnern aber rufen wir zu: Wir sind nicht am Ende. Eure Reaktion steigert unsere Kräfte. Keine Macht der Welt wird die freien Gewerkschaften Deutschlands überwinden.

Mit Gewerkschaftsgruß

Der Bundesvorstand

Leisner

Berlin, den 13. September 1932.

### Reichstag schon wieder aufgelöst

Der Reichstag, der am 12. September zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten war, ist nach sehr kurzer Betätigung vom Reichspräsidenten wieder aufgelöst worden. Er befand sich mitten in einer Abstimmung über einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung als der Reichskanzler von Papen das Wort verlangte. Dies wurde vom Reichspräsidenten verworfen, worauf die Auflösungsorder übergeben wurde. Ehe diese verlesen wurde, wurde das Abstimmungsergebnis festgestellt. Danach stimmten 512 Abgeordnete für das Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung und 42 Abgeordnete dagegen. Die Abstimmung ergab also eine überwältigende Mehrheit gegen die amtierende Regierung, sie ist jedoch ungültig, weil als feststehend gilt, daß der Reichstag bereits durch die Abgabe der

Auflösungsorder aufgelöst war.

Die Reichsregierung, die nur ganz geringen Rückhalt in den Wählermassen hat, — das ergaben ja bereits die letzten Wahlen —, siegte dennoch über den Reichstag. Der Parlamentarismus in Deutschland bekam dadurch wohl einen fast tödlichen wirkenden Schlag. Das ist bedauerlich, aber das Parlament ist nicht ganz unschuldig an diesem Ausgang und an seinem Schicksal, weil ausgesprochene Diktatur-Parteien gegenwärtig parlamentarisch heucheln.

zu bei, daß sich Schichten bereichern, denen die Not nicht unter den Nägeln brennt. Das Unternehmertum kann jetzt im Chor singen: Seh'n sie, das ist ein Geschäft.

Dieses Unrecht wird die Arbeiterschaft nicht kampflös hinnehmen, dessen kann die Regierung versichert sein. Daß sich die Haltung der Reichsregierung mit dem Wunsche des Reichspräsidenten von Hindenburg: „Die Lebenslage der deutschen Arbeiterschaft soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben“ vereinbart, bestreiten wir ganz entschieden.

### Volksentscheid gegen den II. Teil der Notverordnung

Durch den zweiten Teil der Notverordnung vom 4. September wird ein außerordentlich folgenschwerer Eingriff in das Tarifrecht vorgenommen. Nebenbei werden die Löhne nicht wenig gekürzt. Es liegt im Interesse der Arbeiter und Angestellten, wenn schnellstens versucht wird, diesen Teil der Notverordnung wieder zu beseitigen. Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein Volksbegehren mit dem Ziele eines Volksentscheids über den folgenschweren Gesetzentwurf beantragt:

§ 1. Der zweite Teil „Sozialpolitische Maßnahmen“ der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzblatt Nr. 57, S. 428 folgende) wird mit Wirkung vom 4. September außer Kraft gesetzt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

Nach vor der Auflösung des Reichstages, wahrscheinlich in Voraussicht der Ohnmacht des verlassenen Reichstages, wurde dem Reichsinnenminister der Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens zugeleitet. Die Regierung ist verpflichtet diesem Volksbegehren stattzugeben. Somit hat das deutsche Volk selbst die Möglichkeit durch eine Abstimmung den Angriff auf die Tarifrechte abzuweisen.

### Milliarden für Rüstungen Kein Geld für die Kaufkraft

Die Völker leiden unter der Krise und verelenden, weil sie die Güter wegen infolge mangelnder Kaufkraft nicht mehr erwerben können. Aber ungeachtet dessen schmückt der Militarismus Milliarden für Rüstungen. Nach dem „Index“ beziffern sich die Rüstungsausgaben der Staaten auf 5 Milliarden Dollar jährlich. Von den großen Staaten haben im Fiskaljahr 1930/31 aufgewendet: Deutschland 170,4 Millionen Dollar (gegen 465,5 im Etatjahr 1913/14, also minus 63 Prozent), Großbritannien 535 Millionen Dollar (gegen 375,1 Millionen im Vorkriegsetatjahr), das sind 42 Prozent mehr. Frankreich gibt auch 30 Prozent mehr aus, nämlich 455,3 Millionen gegen 348,7 Millionen. Italien hatte 1930/31 einen Militäretat von 258,9 Millionen Dollar, gegen 179,1 Millionen im Jahre 1913/14, das sind 44 Prozent mehr. Auch Rußland gibt 30 Prozent mehr aus, 579,4 Millionen Dollar stehen 447,4 Millionen vom Jahre 1913/14 gegenüber. Die höchste Steigerung weisen die Vereinigten Staaten Nordamerikas mit 197 Prozent und Japan mit 142 Prozent auf. Die Vereinigten Staaten werfen 727,7 (gegen 244,6) Millionen und Japan 242,1 (gegen 95,5) Millionen für Rüstungen aus. Dazu kommen noch die mittleren Staaten. Deutschland ist der einzige Staat, dessen Kosten für den Militarismus zurückgegangen sind, die aller anderen Großstaaten sind gestiegen.

Die Vorbereitung zum Krieg kostet den Völkern ungeheuer große Opfer. Wir bezweifeln, daß unter solcher Atmosphäre der Frieden gedeihen kann. Es wird höchste Zeit für Abrüstung, deshalb Krieg dem Kriege trotz aller Soldatenspieler.

# Bundesausschuß-Sitzung des ADGB.

Der zweite Verhandlungstag der Bundesausschuß-Sitzung des ADGB. war ausgefüllt mit der Behandlung der Frage der gewerkschaftlichen Agitation.

Hermann Schillme (Bundesvorstand) referierte über „Verbetätigung der Gewerkschaften“.

Die Agitationsarbeit der Gewerkschaften ist gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Aufklärung. Sie gewinnt in Zeiten der Wirtschaftskrise erhöhte Bedeutung. Politische Verhetzung durch die zahlreichen Feinde der Gewerkschaften zerstört vielfach das Vertrauen der Außenstehenden zu den Gewerkschaften. Ein Vergleich mit dem Konjunkturverlauf zeigt jedoch, daß trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Mitgliederzuzug sich nicht annähernd in gleichem Umfange auswickte. Die Arbeiter wissen, daß sie jede Schwächung ihrer Organisationen mit Lohnrück und verschlechterten Lebensbedingungen bezahlen müssen. Noch stehen mindestens 14 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in Beschäftigung, von denen der größte Teil noch für die Gewerkschaften gewonnen werden soll.

Trotz der handgreiflichen materiellen, ideellen und kulturellen Erfolge der Gewerkschaften für alle Arbeiter und Arbeiterinnen ist die Gewinnung der Unorganisierten längst nicht erreicht. Erschwert wird die Agitation, seitdem die Arbeitskämpfe in die Tarifämter und staatlichen Schlichtungsstellen verlegt werden und so vielfach das Gefühl entstand, als sei die gewerkschaftliche Rückendeckung nicht mehr erforderlich.

Die für die Gewerkschaften wirkungsvollste Aufklärungs- und Agitationsarbeit wird im offenen Kampf zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber geleistet, weil dabei jeder Beteiligte die Macht der Organisation unmittelbar verspürt. Unlautere Propagandamethoden können die Gewerkschaften angesichts ihrer Bedeutung für die Arbeiterklasse in Wirtschaft und Staat nicht anwenden. Ihre ganze sozialpolitische und wirtschaftspolitische Arbeit erfordert, daß die Gewerkschaften bei ihrer Werbetätigkeit sich mehr an das Interesse des einzelnen an seinem Verbands als an das Gefühl der großen Masse wenden. Das berufliche Zusammengehörigkeitsgefühl hat sich noch stets als eines der wichtigsten Bindemittel erwiesen. Die Hauptwerbearbeit wird deshalb auch in Zukunft bei den Einzelverbänden verbleiben müssen. Doch müssen die Einzelverfahren ausgetauscht und in einer zentralen Stelle im Interesse aller Verbände ausgewertet werden. Der gewerkschaftliche Vertrauensmann muß gemeinsam mit der gesetzlichen Betriebsvertretung die Agitation im Betrieb übernehmen. Eine besondere Aufgabe fällt dabei der Werbung unter den Jugendlichen, Lehrlingen und Frauen zu. Jährlich verlassen jetzt noch etwa 600 000 Jugendliche die Lehre. In jeder Vorstandsstelle, für jeden größeren Betrieb oder jede größere Abteilung sollte eine Agitationskommission eingesetzt werden. Die Ortsausschüsse des ADGB. sollten die Erfahrungen der örtlichen Agitationskommission sammeln und zur Ausstellung gemeinsamer Werbepläne verwenden. Hierbei können Jugendliche und Frauen, namentlich die jüngeren, den Jugend- und Lehrlingsabteilungen erwachsenen Gewerkschaftskollegen, als Propagandisten wertvolle Hilfe leisten, ähnlich wie in der politischen Agitation, insbesondere bei Vorbereitung und Durchführung der Hausagitation. Einspannen geeigneter jüngerer Kräfte in die Werbearbeit bedeutet gleichzeitig Einführung in die praktische Gewerkschaftsarbeit. Direkte mündliche persönliche Aufklärung hat sich noch stets als das wirksamste Werbemittel für die Gewerkschaften erwiesen. Die Gewinnung der zahlreichen unorganisierten Arbeitslosen durch die Gewerkschaften und ihre Betreuung durch bereits organisierte Arbeitslose ist unter der Führung und Aufsicht der Ortsausschüsse gemeinsam mit den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter in die Wege zu leiten.

Jede Art von schriftlicher Propaganda soll volkstümlich und wirkungsvoll sein. Das

stärkste Propagandamittel ist die Gewerkschaftspressen. Sie hat die Aufgabe, die Arbeitermassen aufzuklären und zu bilden und die Solidarität zu erziehen. Die Gewerkschaften werden die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Orten von Zeit zu Zeit für eine großzügige, von zentraler Stelle aus geleitete Werbearbeit einsetzen. Dann wird es möglich sein, das große Heer der Indifferenten zu dezimieren.

Ueber die planmäßige Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Agitation referierte Genosse Dr. H. Seelbach, Leiter der Bernauer Bundesschule.

In dieser Zeit der tiefgreifenden Wirtschaftskrise erhält die gewerkschaftliche Werbearbeit eine erhöhte Bedeutung. Alle Gebiete gewerkschaftlicher Betätigung müssen deshalb mehr als bisher die Forderungen der Agitation beachten. Das gilt vor allem für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Während es in der Vorkriegszeit ihre Aufgabe war, den Gedanken der Solidarität lebendig zu machen, den Opferstolz zu pflegen, an den Idealismus zu appellieren um die Massen zu aktivieren, war in der Nachkriegszeit die Bildungsarbeit als Folge der neuen Machtstellung der Gewerkschaften auf fachliche Schulung eingestellt. Es galt, in die Gebiete der Wirtschaft, der Sozialpolitik und des Rechts einzuführen.

Was von der Bildungsarbeit gilt, ist auch für die Ausgestaltung der Presse und für das Versammlungsleben notwendig. Auf allen Gebieten muß eine stärkere Werbearbeit einsetzen. Diese Arbeit darf sich nicht nur auf die bisherigen Erfahrungen stützen, sie muß die Erkenntnisse der Werbewissenschaften verwerten. Neben der bisherigen Praxis muß eine laufende Forschungsarbeit einhergehen. Die Agitation ist nicht nur eine individuelle Angelegenheit. Sie ist Gegenstand einer umfassenden planmäßigen Organisation. Die Agitation ist nicht nur eine Aufgabe der einzelnen Verbände. Sie muß von der gesamten Bewegung getragen werden. Die Angriffe auf die Gewerkschaften werden zentral geführt. Der Gegenstoß muß deshalb nicht nur von den einzelnen Gruppen, sondern von zentraler Stelle der Gewerkschaftsbewegung erfolgen.

### Mit Verboten gegen die Gewerkschaftspressen

Es ist seit Jahrzehnten das erste Mal, daß eine Gewerkschaftszeitung in Deutschland verboten wird. Der „Buchbinder-Zeitung“ ist das Erscheinen auf die Dauer von drei Wochen seitens der Polizeibehörde untersagt worden. Den Grund hierfür sah der von dem neuen Regime eingesetzte Berliner Polizeipräsident darin, daß die genannte Zeitung in einem Abwehrartikel gegen die Verbotsandrohung die betreffenden Stellen, um deretwillen sie verwahrt war, noch einmal abgedruckt hat.

Der Vorsitzende des Fachausschusses für die Gewerkschaftspressen des ADGB, hat an den Berliner Polizeipräsidenten eine Eingabe gerichtet, worin er fußend auf der Verbotsandrohung der „Buchbinder-Zeitung“ darauf hinwies, daß das Verbot einer Gewerkschaftszeitung im Widerspruch zum Artikel 159 der Reichsverfassung stehen würde. „Die gewerkschaftliche Pressefreiheit“, so heißt es in dem Schreiben, „hat nicht nur den Schutz des Artikels 118 der Reichsverfassung, sie genießt vielmehr den Schutz des Artikel 159 der Reichsverfassung stehen würde.“ „Die gewerkschaftliche Pressefreiheit“, so heißt es in dem Schreiben, „hat nicht nur den Schutz des Artikel 118 der Reichsverfassung, sie genießt vielmehr den Schutz des Artikel 159 der Reichsverfassung, wonach die Koalitionsfreiheit für jedermann und für alle Berufe gewährleistet ist. Während Artikel 118 der Reichsverfassung die Meinungsäußerungsfreiheit nur innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze gewährleistet, allgemeine Staatsgesetze, also auch Notverordnungen in die Meinungsänderungsfreiheit eingreifen können, ist die in Artikel 159 der Reichsverfassung garan-

Die Diskussion, die sich an die beiden Referate anschloß, brachte in sehr anregender Weise die besonderen Werbeprobleme der einzelnen Verbände zum Ausdruck. Verbänden deren Mitglieder sich weit über das plattländische Gebiet hinaus verbreiten, müssen immer wieder Agitation von Mund zu Mund zurückkehren und ihre Methoden streng an besondere Verhältnisse anpassen.

Zustimmung erfährt der Gedanke, daß die Agitation die großen Gesichtspunkte der Bewegung und ihrer Ziele stark in den Vordergrund gerückt werden. Anregungen von zentraler Stelle für die Ausgestaltung der schriftlichen Werbematerials wurden begrüßt. Es wurde die Frage geprüft, ob und inwieweit gegenwärtig die Unterstützungsleistungen ihre alte Anziehungskraft noch bewahren. Ob Flugblätter und Plakate eine großverbreitende Wirkung für die Gewerkschaften haben, sei gleichfalls eine Frage, über die gestritten werden könne. Von großer Bedeutung sei Schnelligkeit in der Ausnutzung wichtiger Vorgänge für die Agitation und der Abwehr gegen Angriffe auf die Gewerkschaften. Die Gewerkschaftspressen müsse ihre Charakter dem agitatorischen Bedürfnis der Verbände anpassen; viele Gewerkschaftsblätter haben bereits gezeigt, daß sich die Schriftleitungen dieser Aufgabe bewußt sind. Die engen Beziehungen zwischen Bildungsarbeit und Werbearbeit werden mehrfach betont.

Auch die Familienmitglieder der Gewerkschaftsangehörigen müssen von der Agitation erreicht werden. Darum hat die Hausagitation große Bedeutung. An Kräften fehle es nicht, denn viele jüngere Gewerkschaftsmitglieder warten darauf, daß sie Gelegenheit bekommen, sich tätig für die Bewegung einzusetzen. Für die Zusammenarbeit der Verbände mit Unterstützung einer zentralen Stelle wurde zahlreiche Gründe angeführt.

Die Debatte über die Werbearbeit der Gewerkschaften wird von dem Bundesausschuß nicht als beendet angesehen. Sie wird vertagt. Die Zusammenarbeit der Verbände auf dem Gebiete der Agitation und die weitere Behandlung des Themas in künftigen Bundesausschußsitzungen wird durch das Büro des ADGB. vorbereitet werden.

Uerto Koalitionsfreiheit unbeschränkt, ohne jeden Vorbehalt des Gesetzes geschützt. Nach unbestrittener herrschender Lehre darf die Koalitionsfreiheit weder durch den Reichspräsidenten aufgehoben, noch durch Reichsgesetz oder präsidentielle Notverordnung beschränkt werden. Diese Koalitionsfreiheit erstreckt sich aber nicht nur in dem Schutze der Freiheit der Abrede, sondern in dem Artikel 159 der Reichsverfassung und mit der Kraft des Artikel 159 der Reichsverfassung werden auch die notwendigen Betätigungsformen der Koalition geschützt. Dazu gehört vor allem auch die gewerkschaftliche Pressefreiheit, weil die Pressefreiheit der Gewerkschaften eine notwendige Konnexgarantie der Koalitionsfreiheit selbst ist.

Auf diese klaren und eindeutigen Beweisführungen hat der Polizeipräsident geantwortet, daß er nicht in der Lage sei, die Gewerkschaftspressen in einer anderen Weise zu behandeln, wie andere periodische Druckschriften, daß also für sie ein besonderer Schutz gemäß Artikel 159 der Reichsverfassung nicht in Frage komme. Diese Antwort des Polizeipräsidenten ist bezeichnend. Dagegen hat sie uns der Rechtslage nicht gerecht zu werden. Er hat aber die Macht, Gewerkschaftszeitungen zu verbieten trotz aller dagegen bestehenden rechtlichen Bedenken. Das Vorgehen gegen die Gewerkschaftszeitungen zeigt in krasser Form, daß wir uns in Preußen einem politischen Regime unterworfen müssen, das viel reaktionärer ist als die Regierung der Kaiserzeit. Und dieses Regime haben wir dem Zuwachs der Nationalsozialisten zu verdanken.

Bei Einlaufen von Aufträgen werden aber nicht die Hausarbeiter berücksichtigt, die die Artikel vorgelegt hatten, sondern man gibt diese Aufträge mit einem Preisdruck anderen Hausarbeitern. Mit solchen Zuständen muß aufgeräumt werden.

Die Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter fordern deshalb erneut die Einführung einer gesetzlichen Arbeitsruhe für alle mit Hausarbeit Beschäftigten. Die Arbeitsruhe muß von abends 6 bzw. 7 Uhr bis morgens 6 bzw. 7 Uhr festgelegt werden. Diese Nachruhe ist auch erforderlich, um die viele Schwarzarbeit auszuschalten, mit der sich in auch in der letzten Zeit einige Handwerkskammern in Deutschland beschäftigt haben. Auch die Doppelverdiener müssen ausgeschaltet werden. Es muß auch den Lehrern Briefträger und den anderen Berufsbeamten und Angestellten verboten werden, abends nach ihrer regulären Arbeitszeit noch in der Hausindustrie herumzuspähen, um so den Hausarbeitern das letzte Stückchen Brot wegzunehmen. Durch die Doppelverdiener und dadurch, daß die Lehrer, Briefträger und auch andere Berufsarbeiter nach Zurücklegung ihrer regulären Arbeitszeit noch mit Hausarbeit beschäftigt werden dürfen, werden auch die Verdienste der Hausarbeiter von diesen Leuten immer mehr gedrückt. Die Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter fordern ferner, daß Vertreter der Reichs- und Landesbehörden in das südtüringische Notstandsgebiet entsandt werden, damit sie an Ort und Stelle von den unbeschreiblichen Zuständen in der Hausindustrie Angehörige nehmen



### Lohnverhandlungen der Weißhohlglasindustrie!

Zur Neuregelung der Lohnverträge ab 1. Oktober 1932 in der deutschen Weißhohlglasindustrie haben die Parteien zentrale Verhandlungen für die Verbandsgruppen I-V einschließlich der Mitgliedsfirmen im Westen vereinbart.

Die Verhandlungen werden am 21. September 1932 in Berlin im Beisein der Tarifkommissionen der einzelnen Gruppen durchgeführt werden.

Bedauerlicherweise sind der Branchenleitung Vorschläge des Schutzverbandes Deutscher Glasfabriken zur Neuregelung der Lohnverträge trotz mehrfacher schriftlicher und telefonischer Anforderung noch nicht zugestellt worden, da der SDG. mit seinen Mitgliedern erst abschließend am Verhandlungstage zu der Angelegenheit Stellung nehmen will, und uns deshalb die Vorschläge vor Beginn der Verhandlungen überreicht werden sollen.

Es ist bekannt, daß wir unveränderte Verlängerung der Tarife bis zum 31. März 1933 verlangt haben. Von den Vorschlägen des SDG. und dem Verhandlungsergebnis werden die Zahlstellen und die Abschlüsse der Verhandlungen sofort unterrichtet werden.

### Entscheidung über Christbaumschmuck- und Ampullenmacher

Die Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Steinach-Neubaus a. Rwg., befaßten sich in ihrer Versammlung vom 4. September 1932 in Neubaus a. Rwg. u. a. sehr eingehend mit den seit Jahren in der Christbaumschmuck- und Ampullenindustrie vorherrschenden Zuständen. Einmütig brachten sie zum Ausdruck, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Sie bedauern, daß die maßgebenden Behörden alle Warnungsrufe, Notkreise und Verbesserungsvorschläge, die von den Hausarbeitern und ihrer in Frage kommenden Organisation gemacht wurden, ungehört verhallen ließen. Sie fordern erneut mehr Schutz und Recht für die Hausarbeiter.

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 hat nicht nur die Betriebsarbeiter, sondern auch die Hausarbeiter sehr schwer betroffen. Im Hausarbeitsgebiet des Amtesbezirks Steinach müssen sich durch diese einschneidenden Maßnahmen Zustände herausbilden, die die Hausarbeiter direkt zur Verzweiflung bringen dürften. Kranke und Sieche wird man züchten.

Durch die ungenügenden Schutzbestimmungen, die im Hausarbeitsgesetz festgelegt sind, müssen sich die Hausarbeiter von der Christbaumschmuck- und Ampullenindustrie zeitweise ihrer Verleger eine Ausbeutung gefallen lassen, die keine Grenze mehr kennt. Durch ihre geringen Verdienste kommen die Hausarbeiter in eine sehr tiefe Lohnstufe und bei Arbeitslosigkeit erhalten sie deshalb ganz wenig Unterstützung. Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 hat sehr vielen Hausarbeitern das letzte Stückchen Brot genommen. Durch die grenzenlose Ausbeutung und durch die erneute Ungerechtigkeit, die die Notverordnung vom 14. Juni 1932 über die Hausarbeiter gebracht hat, müssen viele Hausarbeiter und deren Frauen betteln gehen; auch sehr viele Kinder der Hausarbeiter sind gezwungen, in den umliegenden Orten zu gehen und dort Brot, Kartoffeln usw. zum Lebensunterhalt für die Familie zusammenzubetteln.

Viele Verleger der Christbaumschmuck- und Ampullenindustrie haben seit Jahren nicht das geringste Verständnis für die Not der Hausarbeiter gezeigt. Die Verleger der Christbaumschmuckindustrie nehmen die Interessenlagen der Hausarbeiter zwar an

# Entwicklung des deutschen Glaswarenexports

Aus der „Glasblüte“ Nr. 36 vom 5. September 1932 entnehmen wir:

Nach dem Terraingewinn, den die deutsche Glas- und Glaswarenfabrikation in den Jahren 1925 bis 1930 gemacht hat — der Ausfuhrwert hat sich innerhalb dieses Zeitraumes von 174,8 Millionen Reichsmark auf 232,2 Millionen Reichsmark erhöht — zeigt der deutsche Glas- und Glaswarenaußenhandel seit dem Jahre 1931 infolge der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und der internationalen Zollhemmungen eine stark rückläufige Tendenz. Im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1931 hat sich der Gesamtwert der deutschen Glas- und Glaswarenausfuhr im ersten Halbjahr 1932 bemerkenswerterweise von 95,7 Millionen Reichsmark auf 61,6 Millionen Reichsmark verringert. Eine ähnliche Entwicklung ist auch auf der Einfuhrseite zu verzeichnen. Vom Jahre 1925 bis zum Jahre 1929 hat sich die Einfuhr ausländischer Glaszeugnisse nach Deutschland von 16,5 Millionen Reichsmark auf 34,3 Millionen

Reichsmark erhöht, um dann im Jahre 1930 auf 25,2 Millionen Reichsmark, im Jahre 1931 auf 18,7 Millionen Reichsmark abzusinken. Im 1. Halbjahr 1932 beziffert sich die Gesamteinfuhr nunmehr auf 5,6 Millionen Reichsmark gegenüber 9,4 Millionen Reichsmark im zweiten Halbjahr 1931. Einen sehr instruktiven Überblick über die Gestaltung des deutschen Außenhandels in Glas und Glaswaren im Laufe der letzten sieben Jahre gewährt folgende Tabelle:

Jahre	Einfuhr in Mill. RM	Ausfuhr in Mill. RM	Saldo für Deutchl.
1925	16,5	174,8	158,3
1926	16,6	187,2	170,6
1927	28,7	193,0	164,3
1928	32,5	211,3	178,9
1929	34,3	247,3	213,0
1930	25,2	232,2	207,1
1931	18,7	189,2	170,5
1. Halbjahr 1932	5,6	61,6	56,0
2. Halbjahr 1931	9,4	95,7	86,3

# Sortenvereinfachung für Tafelglas

Auf dem deutschen Fensterglasmarkt hat man bisher vier Sorten für Bauzwecke unterschieden, die nach Qualität abgestuft waren. Auf dieser Grundlage fußt das Normenblatt Fensterglas vom April 1930 DIN 1249, das sich sowohl auf maschinell wie mundgeblasenes Fensterglas erstreckt hat. Seither hat die M und B 1 a -Produktion vollständig aufgehört, und die Entwicklung der maschinellen Erzeugung und der Marktlage drängen immer stärker nach einem Umbau der alten Sorteneinteilung. Nicht nur die deutsche Tafelglasindustrie, die infolge der Niederlegung des Baumarktes in eine überaus schwierige Lage geraten ist und nur noch mit wenigen Betrieben arbeiten kann, sah sich genötigt, eine wesentliche Vereinfachung

der gesamten Preisstellung und Lagerhaltung anzustreben, sondern auch aus den Kreisen des Handels und der Verbraucher wurde der Wunsch nach Sortenzusammenlegung immer dringender geäußert.

Diese Vereinfachung ist nunmehr nach eingehenden Beratungen in den verschiedenen Interessentenkreisen und nach Prüfung mit dem Deutschen Normenausschuß durchgeführt worden. Man hofft, daß die Neuregelung auch eine Reihe bestehender Mißstände beseitigen und sich für alle Beteiligten nützlich erweisen wird.

Von den vorgenommenen Änderungen ist das Wichtigste, daß in Zukunft zwischen Bauglas und Glas für Sonderzwecke scharf unterschieden und ersteres neu genormt

wird. Während für Glas zu Sonderzwecken, d. h. da, wo besondere Ansprüche gestellt werden, mit den Abnehmern entsprechende Vereinbarungen zu treffen sind, kennt die eigentliche Preisliste nur noch Glas für Bauzwecke. Dieses Bauglas wird nun noch in zwei Sorten, 1. Sorte und 2. Sorte, verkauft werden, weil eine Aufteilung der gebesserten maschinellen Fabrikation auf vier Sorten nicht mehr nötig und zweckmäßig erscheint und sich angesichts der Betriebslage auf den Hütten nach und nach von selbst verbietet.

Das abgeänderte Normenblatt nebst den neuen Preislisten wird demnächst den Interessenten durch den Verein Deutscher Tafelglashütten GmbH, Frankfurt a. M., zugeleitet werden.

(Die Sortenvereinfachung mit Ausbalancierung der Preise soll leider auch zur Neuregelung der Akkordlöhne bei den Glasschneidern benutzt werden.)

# Europäisches Tafelglassyndikat?

Das Marienbader Abkommen zwischen der vor einiger Zeit zusammengeschlossenen belgischen Glasindustrie und den tschechoslowakischen Glashütten, das am 1. Oktober in Kraft treten soll, ist nunmehr von beiden Seiten endgültig unterzeichnet worden. Dieses internationale Abkommen sieht keine Regelung der Inlanderzeugung beider Ländergruppen, dagegen einen Markenschutz für die heimische Industrie vor. Das Schwergewicht des Abkommens liegt in der Aufteilung des Exports nach einem festgelegten Schlüssel. In Finanzkreisen wird vermutet, daß dieses internationale Abkommen zu einem europäischen Tafelglassyndikat erweitert werden soll, und zwar durch den Beitritt mehrerer Ländergruppen, insbesondere Frankreichs und Deutschlands.

Da bereits eine internationale Syndizierung für Spiegelglas in Gestalt der Commission Internationale de Glacerie in Brüssel be-

# An die Kollegenschaft!

Die neue Notverordnung der Reichsregierung bringt den Privatunternehmern außerordentliche Geschenke und der Arbeiterschaft sehr empfindliche Lohn- und Tarifnachteile. Um feststellen zu können, wie schwer die Arbeiterschaft in den Betrieben von den schlimmen Auswirkungen der Notverordnung betroffen wird, werden die Zahlstellenleitungen sowie die Betriebsräte gebeten, sofort den Zentralbranchenleitungen von den Notverordnungsmaßnahmen zu berichten und auch sonst von Betriebsvorgängen regelrecht Mitteilung zu machen.

Die außergewöhnlichen Zeitverhältnisse erfordern unbedingtes gegenseitiges Zusammenarbeiten.

# Die Zentralbranchenleitungen des Keramischen Bundes.

steht, andererseits aber in den in Frage kommenden Ländern der Einfluß der nationalen Spiegelglassyndikate und -Konzerna auf die Tafelglas- und Dickglasindustrie außerordentlich stark ist, glaubt man, daß die Verhandlungen zur Schaffung des europäischen Tafelglassyndikats in absehbarer Zeit beendet sein werden.

# Polen

Die Glasindustrie in Polen wurde von der Krise auch hart getroffen. Von den 77 Glashütten, die vor Jahren noch in Betrieb standen, waren im Mai dieses Jahres nur noch 23 beschäftigt, 49 lagen still. Das Monatsmittel für die Tafelglasproduktion wird angegeben mit 2134 t im Jahre 1929, mit 1702 t im Jahre 1930, mit 1172 t im Jahre 1931 und mit 1046 t im Mai dieses Jahres.



# Japans Porzellanindustrie

Über die Bedeutung der japanischen Porzellanindustrie im Porzellanexport der Welt brachten wir in den Nummern 30 und 31 dieses Jahres ausführliche Darlegungen. Inzwischen sind über die japanische Porzellanindustrie weitere übersichtliche Zusammenstellungen erschienen, die das Bild über den Stand und die Leistungen dieser Industrie abzeichnen. Wir bringen einen Auszug davon, der folgendes besagt:

# Umfang und Art der Produktion.

Japan produzierte im Jahre 1930 Porzellan- und Steingutwaren im Werte von 62,1 Millionen Yen (1929: 74,7 Millionen Yen). Es entfiel auf:

Werte in 1000 Yen	1930	1929	1928	1919	1912
Küchen- und Tafelgeschirr	34 737	41 866	49 994	41 762	7 845
Ausstattungs- und Ziergegenstände	11 879	19 680	14 448	8 458	4 811
Industrielle Waren	2 235	3 133	3 242	6 347	*
Isolatoren	6 006	7 310	8 028	—	*
Spiegelglas	933	1 074	1 056	3 819	613
Sonst. Waren	6 625	7 791	5 955	4 061	3 270
Insgesamt	62 419	74 707	76 726	64 659	16 545

\*) unter „Sonstige Waren“.

„Fabriken“ (d. h. Betriebe mit 5 und mehr Arbeitern), in denen 20 771 Arbeiter beschäftigt wurden, d. h. etwa die Hälfte der in dieser Industrie tätigen. Von diesen Fabriken hatten 665 maschinelle Anlagen, von dem primitivsten japanischen Wasserrad bis zu den modernsten elektrischen Antrieben.

Nach der Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter und dem Wert ihrer Produktion zerfielen die Fabriken in

Betriebe von/bis Arbeiter	Zahl der Produktionsbetriebe	Malerbetriebe	Wert der Produktion in 1000 Yen	Produktions-Malerbetriebe	Wert der Produktion in 1000 Yen
5— 10	682	47	4 191	267	—
11— 15	116	11	1 548	146	—
16— 30	143	6	3 026	188	—
31— 50	52	10	2 083	380	—
51— 100	32	6	3 238	378	—
101— 200	19	—	5 034	—	—
201— 500	4	2	3 682	929	—
501— 1000	1	—	1330	—	—
über 1000	1	—	2 662	—	—
Insgesamt	1050	838	26 796	2290	—

Die vorstehenden Ziffern über die Fabrikbetriebe lassen die Bedeutung erkennen, welche in der japanischen Porzellanindustrie den Hausbetrieben zukommt, denn mehr als die Hälfte des Gesamtwertes der Produktion wurde in letzteren erzeugt. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Geschirr für den Gebrauch im japanischen Haushalt, um wertvolle Schmuckstücke und um Spielwaren. Das europäische Tafelgeschirr, Elektrizitätsporzellan und Steingut werden in den mittleren und großen Fabriken produziert.

Für die Jahre 1929 und 1930 liegt zum ersten Male eine amtliche Statistik vor, in der die

**Fabrikbetriebe der Irdengüter-Industrie.**

etwas detaillierter nach Art ihrer Produkte unterteilt sind. Danach bestanden:

Betriebe zur Herstellung von	Jahr	Zahl der Betriebe	Wert der Produktion
Tafelgeschirr	1929	731	14 068 593
	1930	683	10 331 840
Sanitätsgeschirr	1929	44	1 182 302
	1930	64	1 404 473
Fliesen- und gegenständ.	1929	187	4 038 195
Baumaterial:			
Fliesen- und Terrakotten	1929	47	5 512 731
	1930	37	3 493 849

# Betriebe der Porzellan- und Steingutindustrie

Japans und ihre Einrichtung gibt die nachstehende Tabelle Einzelheiten, die der amtlichen Statistik entnommen sind:

Zahl der Betriebe	Zahl der Oefen	Porzellan	Muffelunglas	Porzellan	
1912	5657	—	—	—	
1915	5725	2443	11 007	1856	2329
1919	7015	2514	12 019	2060	3174
1928	6862	3526	10 734	1999	2783
1929	6685	3383	10 646	1994	2756
1930	6435	3155	10 706	1965	2723

Die Produktionsstätten liegen über ganz Japan verteilt, doch entfallen auf die Verwaltungsbezirke Aichi, Gifu, Ishikawa, Kyoto, Mio und Osaka mehr als zwei Drittel aller Betriebe, mit drei Viertel der Belegschaft und fünf Sechstel der Gesamtproduktion.

Von den 6435 Betrieben, die sich im Jahre 1930 mit der Herstellung von Porzellan- und Steingutwaren beschäftigten, waren nur 1132

Betriebe zur Herstellung von	Jahr	Zahl der Betriebe	Wert der Produktion
Sonstiges	1929	35	729 315
	1930	17	235 068
Elektr. Artikel:			
Hochspannungs-isolatoren	1929	16	4 856 985
	1930	12	1 991 915
andere Isolatoren	1929	43	564 303
	1930	43	1 585 989
Heizkörper	1929	6	52 514
	1930	4	47 232
Sonstiges	1929	14	735 343
	1930	30	416 724
Aerzil. u. zahn-ärztl. Artikel	1929	3	140 985
	1930	2	167 580
Gerät f. chem. u. techn. Industrie	1929	29	1 513 175
	1930	25	303 042
Spielzeug	1929	13	82 717
	1930	25	222 940
Röhren	1929	122	1 368 530
	1930	112	900 876
Sonstiges	1929	161	1 051 887
	1930	167	1 246 746
Insgesamt	1929	1 451	35 922 794
	1930	1 463	26 245 622

Anmerkung: Die Endziffern welchen von den oben gegebenen unwesentlich ab.

# Neue Mindestpreise in Aussicht

Die Porzellangeschirrfabrikanten hatten eine Mindestpreiskommission zusammenberufen, die über Verständigungswegen in der Preisgestaltung zu beraten hatte. In der Kommission wurde in dieser schwierigen Frage eine Einigung erzielt; sie kam darin überein, der Generalversammlung des Verbandes deutscher Porzellangeschirrfabrikanten G. m. b. H., Berlin, Mindestpreise vorzuschlagen. Wenn die Generalversammlung zustimmt, was erwartet wird, kommt eine Preiserhöhung für Porzellan in mäßigem Umfang. Für Stapelware minderer Qualität erfolgt so gut wie keine Verteuerung, aber die Preise für die anderen Qualitäten werden hinaufgesetzt. Von den vier Prozent Außenseitern will auch ein Teil die Bestimmungen mit einhalten. Die Einhaltung der Abmachungen soll durch scharfe Strafbestimmungen gesichert werden.

Schon während der Leipziger Messe konnte beachtet werden, daß die Preise nicht mehr so

stark unterboten wurden wie bei vorherigen Messen. Die Unternehmer haben ansehnlich gemerkt, daß sie mit Unterbietungen nichts gewinnen können und zogen aus ihrem Verhalten die Lehre, nun Einhalt zu tun. Wir hoffen, die Beschüsse auf Unterbietung der Schleuderkonkurrenz kommen zustande, damit der Löhndruck in den Betrieben einmal nachläßt; denn die Preise wurden nur auf Kosten der Arbeitslöhne unterboten. Wir glauben den Fabrikanten feste Preise und erwarten aber auch, daß nun die Arbeiter in Ruhe gelassen werden.

# Kloster Veßra

Die seit 40 Jahren bestehende Porzellanfabrik Kloster Veßra sucht bei ihren Gläubigern ein einjähriges Moratorium bei 100proz. Erfüllung der Verbindlichkeiten nach. Die Firma sagt, sie sei mit Auslandsaufträgen versehen. Die Werte der Firma gestatten eine 100proz. Erfüllung der Verbindlichkeiten, da der Status aktiv ist. Die Firma hofft, den Betrieb in Verbindung mit dem neuen Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung fortführen zu können. Danach scheint sich zu bewahrheiten, daß das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung den Bankrottoren nützt und den anständigen Unternehmern von Nachteil ist.

# Der Nürnberger Bund auf der Leipziger Messe

Der Großkaufverband E. G. m. b. H., Nürnberger Bund, hat den mehr als 300 qm großen repräsentativen Saal im 3. Obergeschoß des Handelshofes in Leipzig gemietet, um ihn von der Leipziger Herbstmesse 1933 an als Treffraum für seine Mitglieder einzurichten. Während der Leipziger Frühjahrsmesse 1933 bleibt der Nürnberger Bund nach im Porzellan-Palais.

# Vereinigte Staaten

Nach amtlichen Angaben ist die Zahl der Steingutfabriken in den Vereinigten Staaten Nordamerikas von 313 im Jahre 1929 auf 276 im Jahre 1931 zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten sank in der gleichen Zeit von 35 409 auf 27 200, und die ausgezahlte Lohnsumme von 43,5 Millionen Dollar auf 27,3 Millionen Dollar. Der Wert der Erzeugung stellte sich auf 66,8 Millionen Dollar gegen 85,5 Millionen Dollar im Jahre 1931. Den stärksten Rückgang weisen demnach die Lohnsummen auf.



# Ziegler-Schicksal

In der Vorkriegszeit konnten die Ziegler fast keine Arbeitslosigkeit in den Jahresbetrieben kennen sie ununterbrochen beschäftigt werden. Mit einem bestimmten Jahresverdienst wurde gerechnet. Auch den in den Saisonbetrieben beschäftigten Wanderarbeitern war es möglich, sich schon in den Wintermonaten wieder eine Arbeitsstelle zu besorgen. Im Frühjahr zogen aus den Auswanderungsgebieten die Ziegler zu ihren Sommerarbeitsstätten, um den Lebensunterhalt für die in der Heimat zurückbleibende Familie zu erwerben. Das Los der Wanderziegler war kein leichtes. Die seelischen Qualen der sich jährlich wiederholenden Trennung von der Familie können nur die in ihrer ganzen Größe und Härte erfassen, die selbst Wanderarbeiter waren oder sind. In den Betrieben herrschte früher eine übermäßig lange Arbeitszeit, oft nicht gerade einwandfreie Verpflegung und schlechte, menschenunwürdige Unterkunftsräume. Mancher

zog im Frühjahr hinaus in die Fremde, um niemals seine Familie wiederzusehen, weil er als Opfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit blieb. Das Los der Wanderziegler war in der Vorkriegszeit hart und lieblos, gewährt aber immer eine bescheidene Lebensmöglichkeit.

Dann kam die Nachkriegszeit, wo durch den Abbruch vieler Ziegelleien den Ziegler die Existenzmöglichkeit geraubt wurde. Die Inflation verschlechterte weiter ihre Lage und brachte sie an den Rand des Verderbens. Sie wurden aber noch besonders hart bestraft. Erhielten sie am Wochenschluß ihren verdienten Lohn, und sandten ihn durch die Post heim, so konnten die Angehörigen nichts mehr dafür einkaufen, weil die Entwertung in der Zwischenzeit rapide fortgeschritten war. Die Besetzung Westdeutschlands und des westfälischen Industriegebietes hielt die Wanderarbeiter von ihren Arbeitsstellen fern, und zwang sie zum Feiern. Die übrigen vorhandenen Industriezweige boten den einheimischen Arbeitern nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten, und so wurden die Wanderarbeiter aus ihren Ar-

bbeitsstätten verdrängt. Ziegelerarbeit wurde früher in vielen Gebieten Deutschlands von der einheimischen Arbeiterschaft gemieden, weil andere Erwerbsmöglichkeiten genügend vorhanden waren. Diese Arbeit überließ man den Fremden. Seit Jahren schon haben die Gemeindebehörden großen Wert darauf, zunächst ihre einheimischen Arbeiter in den vorhandenen Betriebsstätten unterzubringen. Wir finden daher überall dort, wo früher in den Ziegelleien Wanderarbeiter beschäftigt waren, jetzt ortsansässige Arbeiter tätig.

Die langanhaltende Wirtschaftskrise trifft besonders hart die Wanderziegler. Ist es ihnen doch nirgends möglich, auswärts Arbeit zu erhalten. Jahrelang sitzen sie nun schon zu Hause und warten auf bessere wirtschaftliche Verhältnisse. Die Heimat kann ihnen keine Beschäftigung geben. Sie sind auf die durch die vielen Notverordnungen bis zu einem Bruchteil herabgesetzten Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützungssätze angewiesen. Not und Verzweiflung ist schon seit Jahren bei ihnen eingekerkert. Gläubiger bringen die Anwesen der Ziegler zum Zwangsverkauf, vertreiben sie von Haus und Hof, bringen sie um ihre oft in einem langen Leben gemachten Ersparnisse. Der Bettelstab härt ihren Lo-

bensmüdigkeit und Verzweiflung ergreift weite Kreise der Zieglergemeinschaft. Sie sehen keinen Ausweg mehr, mancher greift zum Revolver oder Strick, um seinem unnützen Leben ein Ende zu machen. Durch einen derartigen Verzweiflungsschritt ist aber die soziale Frage für die Familie nicht gelöst, sondern sie wird nun erst recht groß für die zurückgebliebenen Familienmitglieder.

Auch derjenige, der durch einen Glücksfall für eine kurze Zeit mal Arbeit erhält, wird seines Lebens nicht froh, weil er täglich damit rechnen muß, wieder in das Heer der Arbeitslosen zurückgestoßen zu werden. Hinzu kommt, daß die Tariflöhne auf ein Maß zurückgeschraubt sind, wie es nicht mehr tiefer geht. Der wöchentliche Verdienst liegt zur Zeit weit unter den Vorkriegslöhnen. Hinzu kommen die weit höheren Abzüge, so daß nicht viel übrig bleibt. Aber selbst das ist noch nicht genug, um den bitteren Leidenskelch der Ziegler voll zu machen. Stundenlöhne von 48 bis 55 Pf. genügen manchem Besitzer nicht. Sie betrachten auch diese Löhne noch als zu hoch und für den Betrieb nicht tragbar. Gibt es doch Besitzer, die die Not der Ziegler als willkommen betrachten, und nicht daran denken, die vererbten Tariflöhne zu zahlen.

Worben doch in einzelnen Gebieten erwachsenen Ziegler für Arbeiten im Tonberg und für Offenarbeit Stundenlöhne von 25 Pf. angeboten. Und was das Bedauernde ist, es finden sich Arbeiter, getrieben aus Not und Verzweiflung, die dafür arbeiten, um nur das nackte Leben fristen zu können.

Aber noch nicht genug, daß die Not den Ziegleibesitzern billige Arbeitskräfte verschafft, sie haben in der jetzigen Regierung und der Nazipartei willige Helfershelfer gefunden. Starke Eingriffe in die Sozialgesetzgebung zuungunsten der Ziegler sind erfolgt. Es sei nur erinnert an die Unfall-, Invaliden-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Das Tarifrecht führt nur noch ein Scheitendasein. Die Arbeitgeber machen um Tarifverträge einen möglichst weiten Bogen, sie denken nicht daran, den Tariflohn zu zahlen. Begehrt der Ziegler auf, so liegt er auf die Straße. Der Ziegler duckt sich, beugt sich, ballt die Faust, aber er fordert nicht sein Recht, aus Furcht, seine Arbeitsstätte zu verlieren.

Schiedssprüche sollen nach Möglichkeit nicht mehr gefällt werden. Arbeitgeber und Arbeiterschaft sollen sich über die Tariffragen verständigen. Was das in der heutigen Zeit für die Ziegler bedeutet, braucht des näheren nicht weiter auseinandergesetzt zu werden. Schiedssprüche sollen in ganz besonderen Einzelfällen nur noch für verbindlich erklärt werden. Ja, selbst Tariflöne brauchen nicht mehr bezahlt werden, wenn die Firma nachweist, daß die Löhne für den Betrieb nicht tragbar sind, und die Existenzfähigkeit des Betriebes darunter leidet, so führte Reichskanzler Papen

in seiner Rede am 23. August auf der Tagung des Bauernbundes in Münster aus. Eine diesbezügliche Verordnung kam heraus. Damit ist das Tarifgebäude vollständig unterhöhlt. Herrliche Zeiten eröffnen sich da für die Ziegler. Der Besitzer kann schalten und walten, wie er will, wenn er nicht zahlen will, braucht er es nicht vorausgesetzt, wenn die Ziegler sich unehrig zeigen und den Verband als unnötigen Ballast betrachten.

So sieht das Los aus, das die Regierung und die Arbeitgeber der Ziegler zugesprochen haben. Diese Entwicklung haben aber die Arbeiter, infolge ihrer Zerrissenheit auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete, selbst mitversündigt. Welch eine ungeheure, starke, nicht zu überwältigende Macht würde die Arbeiterschaft darstellen, wenn sie in ihrem Willen und Wirken einig wäre. Die Unseligkeit der Arbeiterschaft auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete macht es der Regierung und dem Arbeitgeberumstand leicht, die Arbeiterschaft als Spielball zu gebrauchen. Wann wird die Stunde kommen, daß die Arbeiterschaft einig und sich ihrer Macht bewußt wird?

Wenn auch Not und Elend zur Zeit der Lohnkämpfe der Ziegler ist, so darf trotz alledem die Hoffnung auf eine Besserung nicht aufgegeben werden. Einigkeit macht stark, das gilt auch für die Ziegler. Die Organisation ist das Bollwerk, gegen das die vornehmste Reaktion ansetzt. Sie kann uns in unserem Vorwärtsdrängen wohl hemmen, sie kann uns wohl aufhalten, aber nicht unterkriegen und besiegen. Der Vormarsch wird wieder angetreten, wenn die Ziegler sich nur einig ist. Konrad Pothast, Detmold.

### Lübeck

Seit einiger Zeit weht bei Villeroy & Boch in Danischburg ein recht eigenartiger Wind. Wer irgendwo sein Recht haben will, der muß damit rechnen, daß er auf die Straße gesetzt wird. In der Nichtbeachtung der Arbeiterrechte tut sich besonders ein Herr Paugale hervor. Dieser ordnet einfach an und schreikt dabei nicht davor zurück, es mit der Wahrheit nicht zu genau zu nehmen. Nach seiner Meinung haben die Arbeiter überhaupt nur das eine Recht nämlich recht feste zu schaffen. Jetzt hat das Gebaren auch schon auf die Meister abgefärbt, dadurch, daß einige Meister wieder so ganz gewöhnliche Vorarbeiter oder Produktionsarbeiter wurden, will man oben nicht anecken. Natürlich ist man stramm Nazi geworden, insbesondere wohl, weil Emil Banemann, der Wortführer der Lübecker Nazis, im Büro der Firma arbeitet und sich immer mit guten Beziehungen rühmt oder nur großmachen will. Vor einigen Tagen hatte besagter Banemann ein junges Mädchen in die Fabrik zur Arbeit bestellt, zur Frühstücks-pause irrte es noch immer herum, denn kein Meister konnte es einstellen, bis dann Meister Timpa den Rausreißer machte. Meister Kaufuß stellt nur noch Leute ein, die er kennt, zufällig sind das alles Nazis. Dabei herrscht ein tolles Durcheinander, einmal werden Leute eingestellt und dann werden auf einer anderen Seite wieder welche entlassen. Das Bestreben geht dahin, möglichst Fremde einzustellen und die alten Kräfte auszuschiffen. Wir werden den Betrieb im Auge behalten, es kommt auch wieder mal eine andere Zeit. Wir können uns gar nicht denken, daß die Konzernleitung

mit den Einstellungen und dem Wirken im Betrieb nach politischen Gesichtspunkten einverstanden ist.

### Der Wohnungsbau im Juli

Nach „Wirtschaft und Statistik“ hat sich die Wohnbautätigkeit gegenüber dem katastrophalen Stand vom Juni im Juli leicht belebt. Die Zahl der Bauvollendungen und Baubeginne nahm gegen Juni zu. Auch bei den Baubeginnen war eine Steigerung zu verzeichnen. Die Bauerlaubnisse gingen dagegen zurück. Insgesamt wurden in den Groß- und Mittelstädten 4200 Wohnungen fertiggestellt, um 7,5 Prozent mehr als im Juni, aber um nicht weniger als 68 Prozent weniger als im Juli vorigen Jahres. In den ersten sieben Monaten war das Ergebnis mit 25400 fertiggestellten Wohnungen um 63 Prozent geringer als das der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Dabei befanden sich vom Januar bis Juli unter den neuen Wohnungen 6400 Umbauwohnungen, d. h. mehr als doppelt soviel als 1931.

### Frankreich

Die Zementfirma Pottet et Chausson, die größte Zementfirma des Landes, hat in Lormont bei Bordeaux ein neues großes Zementwerk vor kurzem in Betrieb genommen. Das Werk soll zu den größten und modernsten der ganzen Welt zählen. Es besitzt nur einen Drehofen; derselbe hat eine Länge von 100 m und einen Durchmesser von 4 1/2 m und soll eine Leistungsfähigkeit von über 600 t täglich haben. Die gesamten Baukosten sollen sich auf 45 Mill. Frank belaufen.

# UNTERHALTUNG & WISSEN

## Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Übertragung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Rehber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(32. Fortsetzung)

Voll Eifer hatte sie sich ans Werk begeben, Suppenküchen einzurichten, Kleider und Nahrungsmittel zu verteilen, Geld aufzutreiben, Berichte an die Londoner Zentrale zu verfassen, dringende Notfälle zu untersuchen — kurz, all die tausend Kleinen Pflichten solcher Beschäftigung, und sie fand darin die Befriedigung, die nicht ausbleiben kann, wenn man unter seinen Händen eine Organisation von dem Nichts zu einem geschäftigen Bienenkorb rühriger Männer und Frauen aufwachsen sieht.

Zuweilen dachte sie an die Tage des Generalstreiks, als auch in London binnen kurzem ein großer Apparat aufgezogen worden war. Ja, aber damals trat dann und wann Anthony Duggs über die Schwelle ihres Büros. Wie es schmerzte, zu wissen, daß er niemals wiederkommen würde!

Doch ganz plötzlich trafen von Anthony kleine Aufmerksamkeiten ein, die ihr Herz erwärmten. Er sandte einen guten eben erschienenen Roman, dann einen farbigen Holzschnitt für ihr Zimmer, interessante Ausschnitte aus Zeitschriften, einen Band Gedichte, sogar eine Blumenvase für ihren Schreibtisch. Zweimal, manchmal auch dreimal wöchentlich pflegten fortan diese Pakete sich einzustellen, von denen jedes einleuchtend bewies, daß er Zeit und Sorgfalt darauf verwandt hatte, das Richtige auszusuchen.

„Liebesgaben, um die Truppen im vordersten Graben ein wenig aufzumuntern!“ schrieb er, als sie sich verpflichtet fühlte, gegen das Zurück zu protestieren. Und um ihr Gewissen zu beruhigen, teilte Joan alles Ebare mit den Mitglieder ihres Komitees.

Mrs. Pickard, ein winziges, verhatzeltes Weiblein, erklärte einmal, als Joan eine Schachtel mit Süßigkeiten reihum gehen ließ: „Ich bringe es fertig, daß ein Praliné fünf Minuten in meinem Munde verharrt, nach Brot und Margarine ist es der reine Himmel.“

Diese kleine Begebenheit berichtete Joan ihrem Freund.

„Die Mittel sind so knapp“, schrieb sie, „daß ein Penny-Tüte Bonbons oder ein Drei-Penny-Platz im Kino ein Geuß ist, der bis zum letzten Tropfen ausgekostet werden muß; das gilt nicht allein für die Kinder, sondern auch für die Eltern. Ein trübseliges Städtchen! Alles in den Läden ist billig und geschmacklos und häßlich. In der Volksbibliothek stehen nur alte Schmäker, für jedes nur halbwegs bessere Buch sind lange Listen von Anwärtern vorgemerkelt; nichts anderes bleibt, um diese entsetzliche monotone Stumpfheit zu brechen, als das Familienleben in Häuschen, die zu eng sind für die Zahl ihrer Insassen. Ich glaube, daß die Möglichkeit noch schlimmer ist als Armut.“

Anthony's Antwort bestand in einem Päckchen, aus dem sie eine Bittkiste für ihr Bett herausholte. Joan wagte kaum, sie ihrer Gastgeberin zu zeigen, aus Angst, daß diese gekränkt sein möchte. Aber die hübsche Frau streichelte nur bewundernd die weiche Seide. „Es macht Freude, ein solch schönes Stück zu sehen.“

„Nehmen Sie die Decke als Türvorhang für Ihr Wohnzimmer“, drängte Joan.

Mrs. Cocks wollte jedoch von solchem Sakrifiz nichts wissen. Beinahe verriet sie alle Bilder und Photographien aus dem Zimmerchen und auf der nackten, weiß gefärbten Wand flankierte die Bittkiste wie ein Javel. Als nun gar die Mary Mand noch ein paar bunte Kleider eintrafen, war der kleine Raum eine Oase von Farben mitten in dem Raub des Kohlenreviers.

In ihrem Stolz erlaubte Mrs. Cocks einigen wenigen bevorzugten Freundinnen, die Geschenke von Joans reuigen Bräutigam zu beschichtigen. Doch das junge Mädchen empfand, daß alles falsch und verkehrt war. Geschenke, auch wenn sie Fürsorge verraten, sind oft doch nur ein Ersatzmittels für das Gewissen des Schenkenden.

„Es ist die Flucht vor der Wirklichkeit“, murmelte Joan, sendte aber trotzdem die Decke nicht nach London zurück. Und derselbe Konflikt bestand in ihrem Innern.

Der Londoner Unterstützungsausschuß, dem Joan unterstand, empfahl dringend regelmäßige Besuche bei allen Wachen, und dieser Teil der Arbeit enthüllte dem jungen Mädchen eine noch dunklere Seite des Lebens in den überfüllten Ortschaften. Eines Morgens holte Mrs. Clark, eine brave, brave Hebamme der alten Schule, sie zu einer Witwe, die eben bei ihrer Küchenarbeit niedergeknickt war. Die Nachbarfamilien hatten ihre vier anderen Kleinen in Oblivion genommen, aber mehr vermochten sie auch nicht zu tun. An allem fehlte es. Es gab weder heißes Wasser, noch Milch für die Mutter, und wenn Mrs. Clark das Neugeborene nicht in ihren eigenen Schol eingewickelt hätte, würde es überhaupt keine warme Hülle gehabt haben.

Entsetzt raste Joan nach ihrem Büro zurück, um für Nahrung und Wasche zu sorgen und verzweifelt an Mary Mand zu telegraphieren: „Sie müssen mir umgehend etwas Geld für die Babys überweisen.“

Für den nächsten Abend hatte Mrs. Armfield das Hilfskomitee ins Pfarrhaus geladen, und als Joan eintrat, schwankte sie jubelnd einen Scheck über fünfzig Pfund — das Resultat ihres Appells an Mary Mand. „Nun wollen wir beraten, wie das Geld am besten verwendet wird.“

Die nächstliegenden Dinge wurden vorgeschlagen, Milch, Fleisch, und Gemüsekonserven, Wasche und Babysausstattungen; aber Joan konnte sich des Gefühls nicht erwehren, daß sie gegen eine Reserviertheit stieß, daß diese verheirateten Frauen freier gesprochen haben würden, wenn sie nicht zugegen gewesen wäre. Schließlich platzte Mrs. Greenhalgh ungeduldig heraus:

„Warum sagen wir nicht die Wahrheit? ... Was die Frauen hierorts vor allem brauchen, ist Respekt zu wissen über die Schwangerschaftsverhütung. Jede jüngere Frau ängstigt sich zu Tode, daß sie noch ein weiteres Kind bekommen könnte, das sie nicht zu ernähren vermag.“

„Die Bergleute lieben doch Kinderräuchern“, warf Mrs. Armfield ein.

„Liebten — meinen Sie. Es gab eine Zeit, als ein Kind eine gute Anlage war, die einzige Anlage, die im Bereich des Armen lag, und man nahm daher die schwere Zeit, solange die Kinder klein waren, mit in Kauf. Mit vierzehn nämlich bezogen jeder von uns zu verdienen. Was das für die Hauswirtschaftskasse bedeutete, wenn drei oder vier Kinder die Burschen ihr Teil davon hatten, Sie sich selbst ausmalen.“

„Und die Mädchen“, wollte Joan wissen. „Als ob es nicht genug zu waschen, zu kochen, zu stricken gewesen wäre für vier oder fünf Brüder?“, erwiderte Mrs. Greenhalgh. „Jetzt aber hat sich alles geändert. Haben die Jungen heutzutage noch Aussicht, in der Grube zu arbeiten? Wozu also Kinder aufpäppeln, für die es keine Verdienstmöglichkeiten gibt?“

„Weiß Gott sie schickt!“ Von den Lippen der saftigen Mrs. O'Brien fielen diese Worte. „Warum schickt er dann mit ihnen nicht auch gleich Nahrung und Kleidung?“ fertigte sie eine andere Frau blitzig ab.

„Schen Sie sich meine Hilfsliste für die Woche an“, fuhr Mrs. Greenhalgh in ihrer unterbrochenen Rede fort. „Da ist Mrs. Roberts mit vier Kindern unter fünf Jahren, von denen drei mit Keuchhusten liegen, und das Kleinste, das vor vier Tagen auf die Welt kam, wird in einem alten, wollenen Unterrock gewickelt. Mrs. Mulford hat sieben und erwartet das achte, ihr Schicksal ist knapp zehn Jahre. Sieben Kinder, und die Betten zur Not hat sämtlich auf die Handfläche gezogen.“

Dann Mrs. Higgins — ihr Mann trinkt, zu gegeben — aber ist das ihre Schuld? Und ist es ferner ihre Schuld, daß sie socht hat und guter Hoffnung ist?“

Jetzt mischte sich die Pfarrerfrau ein. „Es ist ein schweres Problem, dieser Kindersegen, ich will es nicht leugnen. Und die Frauen sind auch zu unternährt für so viele Geburten. Jedoch in Wirklichkeit ist jeder selbst verantwortlich ... denn es gibt so etwas wie Selbstbeherrschung.“

„Gebt Ihre Klasse sie auch?“ zürnte Mrs. Greenhalgh. „Ihre Klasse, die für Geld jeden Rat und jede Behandlung haben kann? Was meinen Sie überhaupt mit Selbstbeherrschung? Soll ich etwa, wenn die ersten Kinder da sind, meinen Mann zwanzig Jahre aus dem Wege gehen, weil sein Lohn nur für zwei oder drei Kinder reicht? Das ist ungerneim, naturwidrig! Katholische Kabbalaus, die unter denselben Bedingungen wir wir leben müßten, bräutchen das nicht fertig, um wieviel weniger starke Kerle wie unsere Bergleute! Ihre Klasse, Mrs. Armfield, hält uns Frauen in Unwissenheit und behandelt uns, wenn wir ein Baby bekommen, ohnehin noch, als ob wir ein Verbrechen begangen hätten. Aber wie man es verhindert, das verschweigen Sie uns!“ Und zur allgemeinen Bestürzung brach die resolute Frau in Tränen aus und rannte aus dem Zimmer. Mrs. Armfield erhob sich sofort, um ihr zu folgen.

„Armes, armes Ding!“ seufzte die alte Hebamme. „Sie denkt an ihre Tochter. Als die Minnie zum viertenmal guter Hoffnung war, schluckte sie allerlei Pillen und ließ sich die Treppe hinunterfallen.“

„War das nicht sehr gefährlich?“ fragte Joan schauernd.

„Na selbstverständlich. Sie zog sich ja auch innerliche Verletzungen zu und starb an Bauchfellentzündung. Das ist übrigens nicht der einzige derartige Fall, den ich Ihnen erzählen könnte.“

Die Diskussion nahm immer erregtere Formen an, so daß Joan ihr ein Ende zu machen versuchte. „Die Lösung dieses Problems geht über unsere Kräfte. Außerdem sind die Meinungen geteilt, wie die Äußerungen von Mrs. O'Brien und Mrs. O'Callaghan beweisen.“

„Das Votum der Katholiken ... wie gewöhnlich!“ lächelte Mrs. Cocks. „Die gleiche Antwort gibt uns auch unser Abgeordneter, sonst“

## „Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht“

Viele Millionen Arbeiter wissen einfach nicht, wie schwer und erbitterte jahrzehntelange Kämpfe der Gewerkschaften es gekostet hat, die Arbeiterrechte zu sichern. Vereinigungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Tarifvertrag, Mitbestimmungsrecht der Belegschaften durch die Betriebsräte, Arbeitsgerichtsbarkeit usw. haben erst errungen werden müssen, um die Gleichberechtigung der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern und die Anerkennung der Gewerkschaften durch den Staat zu gewährleisten. Auf diesen Errungenschaften allein basieren aber heute die Arbeiterrechte. Jeder denkende Arbeiter muß diese endlich begreifen, wenn nicht diese Rechte verlorengehen sollen und damit die Arbeiter wieder zu den „Untertanen“ herabsinken, die sie in der Vorkriegszeit waren.

Um vor allem die Unkenntnis über die Bedeutung der Arbeiterrechte zu beheben, ist in der Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselestr. 6a, ein Buch „Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht“ von Clemens Nörpel, dem Arbeitsrechtler des ADGB, und Kurt Gucke, dem Lehrer für Arbeitsrecht an der Bundeschule

ein zuverlässiger Sozialist, wenn wir ihn drängen, die Frage im Parlament aufzuwerfen. Aber ich gehöre doch zu einer anderen Konfession, und warum soll ich mir von den Katholiken etwas verschreiben lassen? Wer einer Geburt nicht vorbeugen will, na, den zwingt ja niemand dazu!“ (Fortsetzung folgt)

## An alle Arbeiter!

Daß ihr einander die Schädel einschlagt, Euch gegenseitig zerfleischt und verjagt, Arbeiter! Das ist die reinste Freude Der wankenden kapitalistischen Welt! Ihr sollt euch streiten, ob euch das Gebühde Des Staates mehr oder minder gefällt, Ob jener ein Hauze und dieser kein Held. Es fürchten die kapitalistischen Herrn Nicht Hakenkreuz und nicht Sowjetstern, Arbeiter! Eines nur jagt sie in Schrecken, Eines nur ist's, das die Kuh ihnen stört: Die Sorge, ihr könntet endlich entdecken, Daß ihr Brüder seid und zusammengehört Und daß euch bisher nur ein Irrwahn behört.

Wenn ihr euch gegenseitig heult, Wird euch vom Herrn noch der Strick geschenkt, Arbeiter! Wittert ihr nicht den Haken? Damit eure heiße Empörung sich stillt, Verkleidet man euch als Parteisoldaten, Daß ein Prolet betroffen und gedrückt, Dem andern kaltblütig umlegt und kilt.

Oh, eure Unterwürfiker sind schlau, Die hohen Herren wissen genau, Arbeiter! Daß euch kein Heer widersteht, Wenn ihr euch einigt. Auf! Kündigt die Zeit! Schließt euch zusammen, macht endlich ein Ende Mit Taktik, Lügen- und Richtungsstreit. Euer die Welt, wenn ihr einig seid!

## Arbeitsmarkt

Für Draheral und Gieseral eines keramikischen Betriebes Vorarbeiter gesucht, doch die sauberste Arbeit sorgt, ungelernete Kräfte anlernt, Akkorde festsetzt. Angebote mit Lohnansprüchen unter M 50 an den „Keramischen Bund“, Charlottenburg, Brahestraße 2-5. (G32)

des ADGB in Bernau erschienen, das diesem Zwecke dienen will. Dieses 174 Seiten starke Buch (in Leinwand gebunden 3,50 RM, Organisationspreis 2,00 RM) will vor allem auch den Arbeiter in den Vordergrund und die Bedeutung des kollektiven Arbeitsrechts einführen. Es will den ausschlaggebenden Zusammenhang zwischen den Forderungen und den Zielen der Gewerkschaften und dem geltenden Arbeitsrecht darstellen. Das Buch enthält weiter eine gemeinverständliche und zuverlässige Schilderung der gegenwärtigen Rechtslage. Es soll auch dem Arbeiter und dem Gewerkschaftsfunktionär ein wertvoller Helfer in seiner täglichen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sein. Zum noch besseren Verständnisses ergänzen Schaubilder die Darstellungen. In dem gegenwärtig so schweren Kampfe um die Bruchung und die Durchsetzung der Arbeiterrechte wird dieses Buch, ebenso bei der Aufklärung der noch abseits stehenden Arbeiter, wie auch bei der Einführung des gewerkschaftlichen Nachwuchses in die Gewerkschaftsarbeit und schließlich für die Tagesarbeit der Gewerkschaftsfunktionäre selbst ein sehr wertvoller Mitstreiter, Aufklärer und Helfer sein.